



## **Ausschusses für Kommunalpolitik**

### **106. Sitzung (öffentlich)**

25. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 2, 4 und 7 für heute abzusetzen.

#### **1 Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG)**

**6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9519

Vorlage 16/3244

Ausschussprotokoll 16/987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

**2 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes 8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Tagesordnungspunkt wird eingangs der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen 9**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9517

Stellungnahme 16/3040 (AG kommunaler Spitzenverbände)  
Stellungnahme 16/3017 (LVR und Rheinische Versorgungskasse)  
Stellungnahme 16/3035 (LWL und Westfälische Zusatzversorgungskasse)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN einstimmig zu.

**4 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle 10**

Vorlage 16/2860  
Vorlage 16/2957

– Ausschussprotokoll 16/980

– Herstellen des Benehmens

Eingangs der Sitzung kommt der Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

- 5 Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen 11**
- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8982
- Stellungnahme 16/3016 (Städte- und Gemeindebund/Landkreistag)
- Diskussion 11
- 6 Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern 13**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/9512
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.
- 7 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nummer 1 GewStG in der Fassung des Unternehmenssteuergesetzes 2008 vom 14. August 2007. 14**
- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9579
- Eingangs der Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.
- 8 Droht das Erreichen der Belastungsgrenze der Unterbringungsinfrastruktur in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen? 15**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/3243

**Nach Abhandlung der Tagesordnung****16****Nächste Sitzungen: 1. Oktober 2015 und 30. Oktober 2015.****16**

### **3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9517

Stellungnahme 16/3040 (AG kommunaler Spitzenverbände)  
Stellungnahme 16/3017 (LVR und Rheinische Versorgungskasse)  
Stellungnahme 16/3035 (LWL und Westfälische Zusatzversorgungskasse)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Christian Dahm** leitet ein: Der Gesetzentwurf sei am 2. September 2015 zur alleinigen Befassung an den AKo überwiesen worden. Die Obleute der Fraktionen hätten sich im Vorfeld der heutigen Sitzung bereits zu einer ausschließlich schriftlichen Anhörung von Sachverständigen ausgesprochen. Diese Stellungnahmen lägen nun vor. Heute befasse sich der Ausschuss erstmals und zugleich auch letztmalig mit dem Gesetzentwurf.

**Ralf Nettelstroth (CDU)** merkt an, es sei deutlich geworden, dass es in den Stellungnahmen keine Bedenken gegeben habe. Die Betroffenen trügen diesen Gesetzentwurf im Wesentlichen mit. Vor dem Hintergrund werde seine Fraktion dem zustimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN einstimmig zu.

